97-84220-2

Schiffer, Eugen

Das erste Jahr nach der Revolution

Berlin

[1919]

97-84220-2
MASTER NEGATIVE #

COLUMBIA UNIVERSITY LIBRARIES
PRESERVATION DIVISION

BIBLIOGRAPHIC MICROFORM TARGET

ORIGINAL MATERIAL AS FILMED - EXISTING BIBLIOGRAPHIC RECORD

308
Z
Box 910
Schiffer, Eugen, 1860-
Das erste Jahr nach der Revolution. Vom Vizekanzler und Reichsjustizminister Schiffer. Die Aufgaben des Reichsamts des Innern. Vom Reichsminister Koch. Zwei Ministerreden. Berlin, Schriftenvertrieb der Deutschen Demokratischen Partei c1919.
29 p.

NNC

RESTRICTIONS ON USE: *Reproductions may not be made without permission from Columbia University Libraries.*

TECHNICAL MICROFORM DATA

FILM SIZE: 35mm REDUCTION RATIO: 10:1 IMAGE PLACEMENT: IA (IIA) IB IIB

DATE FILMED: 10-13-97 INITIALS: PB

TRACKING # : 28825

FILMED BY PRESERVATION RESOURCES, BETHLEHEM, PA.

Das erste Jahr nach der Revolution

Vom Vizekanzler und Reichsjustizminister
Schiffer

Die Aufgaben des Reichsamts des Innern

Vom Reichsminister
Koch

Zwei Ministerreden

N 308
Dok 910

Schriftenvertrieb der Deutschen Demokratischen Partei,
Berlin W 9, Köthener Straße 35

MAY 19 1959 HVT

Das erste Jahr nach der Revolution

Vom Vizekanzler und Reichsjustizminister Schiffer.*

Es sind wenige Tage, die uns vom 9. November, dem Gedenktage der Revolution, trennen. Die Sozialdemokratie, und zwar die Sozialdemokratie beider Richtungen, rüstet sich dazu, diesen Tag festlich und feierlich zu begehen. Sie wird auch nicht bloß durch zahlreiche große Zusammenkünfte und Versammlungen die Feier begehen. Wir lesen da z. B., daß in Siegen noch ganz andere Demonstrationen geplant sind. Es heißt dort in einer Veröffentlichung des Kreisvorstandes, daß bei der Gedenkfeier am 9. November im Kaisergarten zu Siegen unter Mitwirkung des Tegernseer Bauerntheaters und des gesamten Orchesters des Kaisergartens, voraussichtlich der Ministerpräsident a. D. Scheidemann als Redner auftreten und nachher abends 8 Uhr ein Ball stattfinden wird. Es ist Geschmackssache, den 9. November in dieser Art zu feiern. Wir werden uns an der Feier in keiner Weise beteiligen, weder an Ballfestlichkeiten noch an anderen Darbietungen. Wir sind der Meinung, daß die jetzige Zeit überhaupt zu festlichen Veranstaltungen nicht geeignet ist, daß in einer Zeit der Kartoffel- und Kohlennot, in einer Zeit, die uns in einen schweren, entsagungsreichen Winter hinüberleitet, der Sinn uns nicht danach steht, Feste zu feiern. Wir sind weiter der Meinung, daß der 9. November des vorigen Jahres ein Tag ist, der, ganz abseits von der Revolution, untrennbar mit den traurigsten Erinnerungen für unser Volk verknüpft ist. (Sehr richtig.) Gleichzeitig mit der Revolution fand durch den Waffenstillstand der Abschluß jenes entsetzlichen Niederbruches statt, der über alle denkbaren Möglichkeiten hinaus ein bisher immer siegreiches Heer dazu verurteilte, vor dem Feinde zurückzuweichen und in den Zustand der Wehrlosigkeit hinüberzugleiten. Wir können an den 9. November nicht denken, ohne an diese schauerliche Tatsache erinnert zu werden, und unser Herz kann nicht fröhlich sein, wenn es an diese Tatsache denkt. Zum Dritten ist aber für die Deutsche Demokratische Partei der Ausbruch der Revolution kein Gegenstand der Freude und der Feier. Denn eine Revolution mit ihren Begleiterscheinungen kann Freude und Begeisterung nur dann auslösen, wenn das, was durch sie erstrebt und erzielt wird, größer und stärker ist, als die unbeschreiblichen Leiden und Schäden, die mit jeder Revolution verknüpft sind. Die tiefe Erschütterung, die durch eine Revolution im ganzen Volke hervorgerufen wird, die Verwirrung im Rechtsbewußtsein, die Fiebererscheinungen, die im Volk aus-

* Rede, am 2. Nov. 1919 in Magdeburg gehalten.

gelöst werden durch die hervorgerufenen Leidenschaften, das alles sind an sich schwere Schäden; und ehe man solche Schäden hervorruft, und ehe man sie hinnimmt, muß man sich fragen: sind sie wirklich notwendig? Wir sind der Ansicht, daß das, was die deutsche Demokratie erstrebt hatte, grundsätzlich bereits vorher erreicht war. Alle die großen Fragen einer Demokratisierung unseres Staats- und Volkslebens, die Einführung einer parlamentarischen Regierungsform, die Brechung eines übermächtigen militärischen Einflusses, alles das war bereits geordnet oder wenigstens angebahnt. Es hätte nichts im Wege gestanden, die Dinge in ruhiger und organischer Entwicklung vor sich gehen zu lassen. Führer unserer Partei, wie der Abgeordnete Petersen und der Führer der demokratischen Partei in Bayern Hohmann haben deshalb erklärt, daß die Revolution geradezu als ein Unglück zu bezeichnen sei. Hier genügt es, festzustellen, daß die Revolution jedenfalls nicht ein Gegenstand für demokratische Siegesfeiern sein kann. Kann aber diese Revolution überhaupt der Gegenstand einer Siegesfeier sein? Bedeutete sie einen Sieg? Nein! Um einen Sieg zu erringen, muß ein Kampf vorangegangen sein, bei dem der eine Teil den anderen im Ringen und Streiten geworfen hat, bei dem ein Uebergewicht im Aufeinanderprallen der Gegensätze für den einen Teil erzielt worden ist. Was wir bei der Revolution des 9. November sehen, das ist nicht der Sieg einer Partei über eine andere gewesen, sondern war glattweg ein einseitiger Zusammenbruch des alten Regimes. Wer hat denn eigentlich den Sieg erfochten? Die unabhängige Sozialdemokratie? Sie ist, wie selbst bei ihren Führern festgestellt worden ist, so ziemlich bei allem, was vor sich gegangen ist zu spät gekommen. Es war eigentlich alles erledigt, als sie eingreifen wollte. Und die alte sozialdemokratische Partei? Sie hatte fast nichts zu bekämpfen. Das ist ja das Traurige, ja Groteske, daß die scheinbar so fest gefügte Macht unserer Monarchie so leicht weggeblasen worden ist wie von einem Windhauch, daß sie versank wie ein Schiff im Meere, wie ein Haus im Abgrund beim Erdbeben. Alle deutschen Throne, der Kaiserthron voran, sie waren weggefegt. Man faßt sich an die Stirn und fragt sich: Wo waren denn die Treuen, die gesagt haben, daß ihr Leben untrennbar verknüpft sei mit der Monarchie und dem Monarchen? (Sehr gut.) Ist denn auch nur ein Tropfen Blut geflossen für das, was angeblich ein Bestandteil ihres Lebens war? Es ist ein geradezu entsetzenerregender Anblick, wie die Lähmung sich damals über alle Verteidiger des alten Zustandes erstreckt hat, eine Lähmung, die allerdings über das ganze Bürgertum hinweggegangen ist, auch über den Reichstag, der nicht geleistet hat, was er hätte leisten müssen. Das ändert aber an der Tatsache nichts, daß diese Revolution nicht der Sieg einer Partei, einer überwältigenden Geistesrichtung gewesen ist, sondern die Folge einer inneren Zerrüttung, die das Bestehende fast automatisch zum Zusammenbruch geführt hat. Es ist bezeichnend, daß der Führer der mehrheitssozialdemokratischen Fraktion, der Abgeordnete Loebe, das selbst bestätigt hat, indem er ausführte: „Die Macht der alten kaiserlichen Regierung ist wie ein morscher Baum zusammengebrochen. Der 9. November ist nicht von einer Organisation gemacht worden, sondern man hatte nur nötig, die Macht aufzuheben." Die alte So-

zialdemokratie hat die Revolution auch gar nicht gewollt, wie es jüngst Oberpräsident Winnig bezeugte. Sie wollte, daß die Dinge sich ruhiger, im Rahmen einer organischen Entwicklung vollziehen sollten. Sie selbst wurde von der Revolution über das hinausgetrieben, was sie beabsichtigt hat. Ich möchte meinen, daß sie deshalb an sich auch keine Ursache hat, einen Sieg zu feiern, den sie weder erfochten hat, noch erfechten wollte. (Sehr richtig.) Unter diesem Gesichtswinkel müssen wir den Ausgangspunkt des ersten Jahres betrachten. Der 9. November war lediglich ein Zusammenbruch, ein furchtbarer, ein vielleicht noch nie dagewesener Zusammenbruch. Infolgedessen entstand ein Vakuum, eine Leere. Es war, nachdem die alte Herrschaft gefallen war, in einem Augenblick ein Nichts da und dieses Nichts wäre, wenn es nicht ausgefüllt worden wäre, das Chaos, das Durcheinander der Vernichtung geworden. So setzte dieses Jahr ein. Ich will es in drei Abschnitte teilen, die unter maßgebenden Gesichtspunkten die Entwicklung darstellen. Der erste Abschnitt geht von der Revolution bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung, der zweite Abschnitt von der Nationalversammlung bis zur Verabschiedung der Verfassung und der dritte Abschnitt von der Verabschiedung der Verfassung bis in diese Tage, bis zur Verabschiedung des ersten ordentlichen Etats.

Der erste Abschnitt, der von der Revolution bis zur Eröffnung der Nationalversammlung in Weimar reicht, begann, wie ich gesagt habe, mit einem Vakuum und warf die Frage auf: Wer nimmt die Leitung der Geschicke in die Hand? Es konnte nur ein Faktor dafür in Betracht kommen: die Sozialdemokratie. Denn es war die einzige Macht, die noch einigermaßen die Herrschaft über die Massen hatte und behalten konnte, und alles mußte darauf ankommen, diese Herrschaft zu bewahren. Sie entschloß sich dazu — und man muß es sagen: nicht leichten Herzens —, diese Aufgabe zu übernehmen. Um so schwereren Herzens, als es die Aufgabe der alten Sozialdemokratie war, die Herrschaft mit den Vertretern der ihr feindlichen unabhängigen Sozialdemokratie zu teilen. Die Lage war furchtbar für sie. Ein Krieg lag hinter uns, der mit einer Plötzlichkeit und einer Entsetzlichkeit verloren gegangen war, die zunächst phantastisch wirkte; ein Krieg, der dieselbe unfaßliche Form des Zusammenbruches trug, wie der Zustand im Innern, so, daß zunächst auch unsere Feinde gar nicht glaubten, daß wir wirklich im Aeußeren und Inneren so erledigt waren, wie es der Fall war, und noch heute voll des Mißtrauens sind, ob dahinter nicht die alte Kraft noch lauert und hervorbrechen will, und ob nicht auch die alte Monarchie dahinter lauert, die wieder auftreten will. Kann das ein Volk — von fünf Jahren Krieg gepeinigt, seines Liebsten auf Erden und, was vielleicht noch schlimmer war, seiner Götter und seines Glaubens beraubt, verzweifelnd an allem, was es bisher hoch und heilig gehalten hatte, auch gegen seine eigenen Führer von Agitatoren aufgehetzt, in schwerer körperlicher und seelischer Not; an der Grenze Feinde, rachedurstig, brennend vor Begier, in unser Land einzufallen und uns all das anzutun, was ihnen unter dem Zwange der Notwendigkeit des Krieges angetan worden war; unser Millionenheer, das nicht wußte, woran es war und das — schon eine technisch

unendlich schwierige Aufgabe — zurückgeführt werden sollte, ohne in die Gefahr zu kommen, als eine zersetzte und zersplitterte Soldateska herzubrausen über die Lande und auf sie zerstörend zu wirken. Zu alledem die größte Schwierigkeit in der Versorgung: Weiterbestehen der Blockade, ein Winter vor der Tür, mangelhafte Vorräte, keine Verbindung mit den anderen Staaten, eine zerrüttete Finanzwirtschaft, ein unregelmäßig durcheinander gewirbeltes Wirtschaftsleben und endlich ein Mangel an Menschen, ein Mangel an Persönlichkeiten, die die schwierige Leitung des Staates in diesem Moment zu übernehmen hatten. Es ist wirklich ein nicht abzuleugnendes Verdienst der Sozialdemokratie, daß sie unter Hintansetzung von vielem, was ihr bisher wert und wichtig war, unter Einsetzung aller Kraft, auch unter Einsetzung des eigenen Lebens, es fertiggebracht hat, uns über die ersten schweren Monate hinwegzuhelfen. Man muß anerkennen, das war etwas Ungeheures. Man muß betonen, wie unsicher die Lage war. Man weiß, wie die sozialdemokratischen Führer und Leiter damals oft noch nicht hundert Mann zu ihrem Schutze zur Verfügung hatten. Um so eigenartiger muß es berühren, wenn starke Männer auf dem Tisch schlugen und riefen: Wir verlangen, daß Ihr stärker auftretet, daß Ihr durchgreift. Es war eine schwere Aufgabe für die Sozialdemokratie, am Ruder des Staates zu bleiben. Diese ihre Aufgabe — auch darüber sollten wir uns klar sein — ist auch heute noch nicht erledigt. Wir können — nicht um der Partei willen, aber um der Ruhe und Sicherheit des Vaterlandes wegen — noch auf lange Zeit hinaus bei keiner Regierung die Mitwirkung der Sozialdemokratie entbehren. (Sehr richtig.) Das können wir übrigens um so ruhiger und getroster aussprechen, weil es auch von gegnerischer, also sicherlich unbeeinflußter Seite anerkannt wird. Ich habe hier einen Aufsatz des Führers der Deutschen Volkspartei in Württemberg, Prof. Dr. Eglhaaf, der ausdrücklich sagt: „Wir sind weit entfernt davon, zu verlangen, daß Deutschland ohne die Sozialdemokratie regiert werde. Sie ist immer noch die stärkste Partei, mit der gerechnet werden muß, und es wäre nichts verfehlter, als sie einfach, was ziffernmäßig wohl möglich wäre, überhaupt auszuschalten." Ich stelle also fest, daß auch dieser namhafte Führer der Volkspartei unparteiisch genug ist, dies zuzugeben.

Die Sozialdemokratie hätte die unendlich große und schwierige Aufgabe aber gar nicht lösen können, wenn sich die deutsche Beamtenschaft und das deutsche Offizierkorps ihr nicht in weitem Umfange zur Verfügung gestellt hätten. Es war nur so möglich, das vielgestaltige Räderwerk des Verwaltungsmechanismus in Gang zu halten. Es ist eine Ruhmestat der deutschen Beamtenschaft und des deutschen Offizierkorps, daß sie unter Zurücksetzung oft schwerer und ernster Gewissensbedenken einsprangen und ihre Pflicht taten und damit erst das weitere Leben des Vaterlandes überhaupt ermöglicht haben. Auch diese Lage besteht fort; denn die Sozialdemokratie verfügt auch jetzt noch nicht über die erforderliche Zahl derjenigen ihr zugehörigen Persönlichkeiten, die geeignet sind, die Funktionen der Staatsleitung und der Staatsverwaltung auszuüben. Das ist kein Vorwurf, sondern eine Tatsache; und wenn es ein Vorwurf wäre, dann wäre es ein Vorwurf an die alte Regierungsform, die eine Mitwirkung dieser breiten Schichten von jeder

Teilnahme an den Staatsgeschäften ausschloß und ihnen dadurch die Möglichkeit raubte, daß sie im geeigneten Augenblick fähig war, die Leitung zu übernehmen. Kein anderer als Gustav Schmoller hat mir gegenüber immer wieder betont, daß es geradezu ein Verbrechen sei, die unteren Schichten des Volkes nicht so zu verwenden im Leben des Staates, wie es geschehen müßte. Er hat auch darauf hingewiesen, daß die Sozialdemokratie in den Selbstverwaltungen vielfach ganz ausgezeichnet gearbeitet und bewiesen habe, daß man in der praktischen Arbeit mit ihr zusammengehen könne, und daß das auch ein versöhnendes Moment sei. Es hat sich jetzt gerächt, daß man nicht einsah, wie die breiten Massen auch auf staatlichem Gebiete mit Recht nach einer sachlichen Betätigung rangen. Darauf ist es zurückzuführen, daß das Vaterland jetzt mangels geeigneter Kräfte an den Rand des Abgrundes gekommen ist. Wir werden auch weiterhin auf die Mithilfe unserer Beamten und auf die Mithilfe unserer Offiziere angewiesen sein. Wir werden sie weiter in Anspruch nehmen und werden ihnen unaussprechlichen Dank wissen für das, was sie getan haben. Das bedeutet nicht, daß den Beamten und Offizieren nun etwa ein Freibrief ausgestellt sei für Bestrebungen und Machenschaften, die gegen die geltende Staatsform und die jetzige Grundlage des Staates gerichtet sind. Im Gegenteil ist jede Regierung verpflichtet, die Staatsform, die sie repräsentiert, gegen diejenigen, die gegen sie wühlen und unter Mißbrauch ihres Amtes und ihrer Autorität ankämpfen, geltend zu machen, und zwar mit voller Strenge nach allen Seiten hin. Aber wir wollen freilich keine Gesinnungsschnüffelei, wir wollen die innere Gesinnung eines jeden Staatsbeamten antasten. Wenn sie dem Staate ehrlich, offen, rückhaltlos und unter Beachtung seiner Grundlagen dienen, dann werden wir ein ruhiges und nützliches Zusammenwirken zum Besten des Vaterlandes feststellen können.

So stellte sich während dieser ersten schrecklichen Wochen und Monate die Sache dar. Sie werden sich dabei erinnern, wie im Dezember und Januar die blutigen Putsche vor sich gingen, die jeden Augenblick die kaum gezimmerte Ordnung über den Haufen zu werfen drohten. Sie werden sich weiter erinnern an die Kämpfe, die sich um die Frage, ob die Nationalversammlung einberufen werden sollte, erhoben, mit welcher Schwierigkeit die Frage überhaupt erst bejaht werden konnte, wie alsdann der Termin Gegenstand neuen Streites war. Sie werden sich den Ausspruch Richard Müllers zurückrufen, nur über seine Leiche gehe der Weg zur Nationalversammlung, ein Ausspruch, der ihm den Kosenamen „Leichenmüller" einbrachte. Sie werden sich endlich erinnern, wie sich langsam, durch zähes und besonnenes Festhalten und Fortarbeiten die Ordnung so weit herstellen ließ, um diese erste Periode durch die Wahlen zur Nationalversammlung zum Abschluß zu bringen. Bei den Wahlen zur Nationalversammlung hatte die alte Sozialdemokratie Glück: Sie bekam keine Mehrheit. Wenn sie eine Mehrheit bekommen hätte, wäre sie wahrscheinlich nicht in der Lage gewesen, die Ruhe und Ordnung im Staate herzustellen, wäre sie nicht in der Lage gewesen, den anstürmenden Massen, die auf Grund ihres eigenen Oppositionsprogrammes unerfüllbare Forderungen stellten, den nötigen Widerstand zu leisten. Es ist vom geschichtlichen Standpunkt aus ein Glück, daß sie wegen des Wahlausfalles davon ab-

sehen mußte, das zu tun, was sie zu tun programmatisch verpflichtet war. Die Führer mußten sehen, daß ein Oppositionsprogramm natürlich etwas anderes ist als ein Programm, das von heute auf morgen in die Tat umgesetzt werden soll. Aber von den Massen kann man nicht verlangen und erwarten, daß sie das so schnell einsehen.

Als nun die Revolution begann, in die gesetzliche Bahn der Demokratie einzulenken, wurden wir vor das Problem gestellt: *sollen wir in die Regierung eintreten?* Wenn wir dabei hätten reine Parteirücksichten walten lassen wollen, so wäre es für uns unendlich viel einfacher gewesen, uns nicht an der Regierung zu beteiligen und für all das Furchtbare, das kommen sollte, die Verantwortung den anderen zu überlassen und mehr oder minder freudlich mit freier Kritik, die ja unendlich leicht ist, uns den Dingen gegenüber zu stellen. Wir aber sagten uns, daß die Partei als solche gerade heute nicht das Wort habe, sondern daß einzig und allein uns das lenken müsse, was der Leitstern jeder Partei sein müßte: Wie tragen wir dazu bei, daß das Vaterland aus seiner schweren Lage herauskommt, daß es nicht zusammenbricht, wie es zusammenzubrechen drohte? Da sahen wir: Wir müssen in die Regierung — nicht aus Lust am Regieren, sondern aus Pflicht und Schuldigkeit. Es mußte unsere Aufgabe sein, die Lasse zu verbreitern, auf der überhaupt regiert werden konnte, es mußte das Staatsschiff mit einem möglichst breiten Kiel versehen werden, um es durch die Wellen steuern zu können und das Volk hindurchzuführen — einer neuen Zukunft entgegen. Wir waren uns damals völlig klar, daß wir damit ein großes Opfer brachten, und daß wir damit Mißverständnissen und Kritiken die breiteste Bahn eröffneten. Wir waren als Partei in der denkbar schwersten Lage. Jede Partei hat den Wunsch, und muß ihn haben, sich so frei wie möglich zu bewegen, das, was sie will, möglichst offen auszusprechen und das, was sie erstrebet, mit möglichster Vollkommenheit in die Tat umzusetzen. Jede Partei, die in eine Koalition hineingeht, verzichtet nun von vornherein auf einen Teil dieser Möglichkeit. Wir aber sind in die Regierung hineingegangen, obgleich wir uns von Anfang an darüber klar sein mußten und waren, daß wir bei der Eigentümlichkeit der Lage uns in weitem Umfange geradezu zum Verzicht auf eine klare und deutliche Stellungnahme entschließen mußten. Denn wenn es uns ernst war, das Vaterland mit der Sozialdemokratie zusammen durch die schweren Zeiten hindurchzuführen, wenn wir erkannten, daß es auf absehbare Zeit ohne die Sozialdemokratie nicht ging und damals vor allem in keinem Falle ging, dann hatten wir nicht die Freiheit, in jedem Augenblick zu sagen: wenn es uns und euch nicht paßt, dann können wir ja auseinandergehen. Wir mußten vielmehr nur zu oft unsere Entschließungen, bis zu einem gewissen Grade unsere Ueberzeugungen, zurückstellen um des Vaterlandes willen, um nicht neue Konflikte, nicht neue krisenhafte Zustände herbeizuführen. Das ist ein Opfer, das die Geschichte ebenfalls verstehen und anerkennen wird. Wir müssen uns trösten, wenn es selbst in unseren eigenen Kreisen vielfach nicht richtig verstanden worden ist. Man muß eine gewisse Selbstentsagung üben, um es zu begreifen, weshalb unsere Partei so gehandelt hat. Aber auch jetzt, bei kühler Nachprüfung, kann ich nur sagen, daß vom Standpunkt des Vaterlandes aus

wir gar nicht anders handeln konnten, als wir getan haben. So spielte sich also der erste Teil der zweiten Periode bis zur Nationalversammlung in Weimar ab. Wie manchmal ist uns gesagt worden: Wußtet Ihr dieses dulden, wie konntet Ihr jenes mitmachen? Wir haben das Möglichste getan, um unsere Ueberzeugung zur Geltung zu bringen. Wir haben auch manches gehindert, manches durchgesetzt, was nicht immer in die Oeffentlichkeit getreten ist. Aber die Hauptsache war allerdings, daß wir vieles zurückstellen mußten, um die kritische Lage nicht zu verschärfen. So mußten wir Kompromisse schließen, die uns innerlich und äußerlich sehr unbequem gewesen sind. Daß aber alles seine Grenze hat, und daß wir uns nicht mit gebundenen Händen der Sozialdemokratie hingegeben haben, das zeigte sich in den Tagen des Mai und Juni, in den Tagen des *Friedensschlusses*. Jene furchtbaren Stunden vor Ihnen wieder aufleben zu lassen, kann ich mir versagen. So lag es nicht, daß die Frage: Unterzeichnen oder nicht — mit einem lauten Hurra zu beantworten war. Die Frage war so schwer und bot für beide Seiten so unendlich starke gewichtige, herzbeklemmende Gründe, daß die Fraktion damals in endlose Beratungen mit sich darüber zu Rate ging, was sie zu tun hat. Die Fraktion hat sich in Uebereinstimmung mit der großen Mehrheit der Partei entschlossen, bereits am 12. Mai das Unannehmbar auszusprechen und am 23. Juni an diesem Unannehmbar festzuhalten. Nur ein kleiner Teil der Fraktion unter Führung des Herrn v Payer hat einen anderen Standpunkt eingenommen. Jeder von uns hat aber anerkannt, daß auch diese Männer von unzweifelhaftem Patriotismus durchglüht und getragen waren. Wir haben uns mit Erfolg bemüht, nicht in die häßliche Hetze gegen Andersdenkende hineinzukommen. Als wir uns nun aber in der großen Mehrheit zu dem Entschluß durchgerungen hatten, dem Friedensvertrag in der Form, in der er uns vorgelegt war, nicht unsere Zustimmung zu erteilen, mußten wir um der politischen Ehrlichkeit und Klarheit willen die Konsequenz ziehen und die Regierung verlassen. Das geschah im vollen Bewußtsein der Tragweite, die auch diesem Entschlusse innewohnte. Das geschah, weil, wenn wir es nicht getan hätten, man uns zu Recht den Vorwurf gemacht hätte: Ihr spielt ja doch nur eine Komödie, weil Ihr wißt, daß auf der andern Seite die Mehrheit ist, und bleibt trotzdem in der Regierung, weil ihr den Zweck einer Demonstration erreicht habt. Wir haben gesagt, daß Männer, die in einer solchen Lebensfrage ihres Volkes nicht übereinstimmen, zunächst auch nicht weiter in der Regierung zusammenwirken können, und daß wir das durch unser Ausscheiden aller Welt klar vor Augen stellen müssen. Damit kamen wir freilich in eine eigentümliche Rolle. Wir schwenkten nicht zur Opposition ab; dazu lag keine Veranlassung vor. Wir hatten das Bestreben, noch wie vor — wenn auch nicht als Mitglieder der Regierung, so doch auf der Grundlage des gemeinsamen Versuches — die Ordnung auf den gegebenen Tatsachen wieder aufzubauen, mitzuarbeiten, und hatten insoweit keinerlei Veranlassung, der Regierung unnötige Schwierigkeiten zu machen. Auf der anderen Seite gab uns die Freiheit, die wir durch das Ausscheiden aus der Regierung erlangt hatten, in größerem Maße als bisher Gelegenheit, an den einzelnen Maßnahmen Kritik zu üben. Beide Gesichtspunkte sind in unserer politischen Haltung in dieser

Zeit zum Ausdruck gekommen. Mehr und mehr zeigte es sich, daß auf die Dauer eine Klärung der Verhältnisse unumgänglich war, und zur Evidenz trat diese Unumgänglichkeit zutage, als die Verfassung verabschiedet wurde mit den Stimmen der Sozialdemokratie, des Zentrums und der Deutschen Demokratie gegen die Stimmen der Unabhängigen, der Deutschnationalen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei.

Ueber die Verfassung selbst Ihnen hier viel zu sagen, halte ich nicht für angebracht. Es ist ein Werk, das doch viel besser ist als sein Ruf und viele und gute Gedanken hat. Trotzdem kann ich nicht umhin, von manchen von ihnen zu erklären, daß sie noch nicht genügend durchgearbeitet, noch nicht recht ausgereift sind. Es ist ein Werk, das seine größte sachliche Bedeutung vielleicht darin hat, daß es die Keime einer weiteren Entwicklung in sich trägt. Diese weitere Entwicklung, darüber habe ich gar keinen Zweifel, ist im Begriff sich in der Richtung auf den Einheitsstaat zu vollziehen, der verbunden ist mit einer starken Dezentralisation der Verwaltung und der staatlichen Tätigkeit. Wir wollen Unitarismus gegenüber Partikularismus, aber Dezentralisation gegenüber übertriebener Zentralisation. Der Ruf „Los von Rom" hat an sich mit Partikularismus noch nichts zu tun. Er ist auf einer ganz anderen Grundlage entstanden. Er entspringt einem an sich durchaus gesunden Gedanken und entspricht dem deutschen Volkscharakter und der deutschen Geschichte. Es gilt, die Reichstätigkeit abseits einer straffen Zentralgewalt zu dezentralisieren nach Maßgabe der verschiedenen Stämme, Völker und Länder. Unter diesen Gesichtspunkt ist auch die preußische Frage zu betrachten. Preußen zu zerschlagen, um die anderen Staaten zu stärken, dazu würde ich meine Hand niemals hergeben. Aber Preußen aufgehen zu lassen in ein einheitliches großes Deutschland, dafür würde ich im vollen Bewußtsein eintreten. (Lebhafter Beifall.) Damit wäre die deutsche Sendung Preußens erfüllt. Geschichtlich betrachtet, ist die Verfassung der Abschluß der Revolution, der Uebergang von der Gesetzlosigkeit zum Gesetz, die Unterstellung der historischen Urkunde, wonach eine Neuordnung der Dinge in Deutschland rechtmäßig besteht. Mit diesem Moment schwand jede Möglichkeit, die vorher etwa und vermeintlich noch bestanden hatte, irgend ein Verbrechen mit dem Mantel einer politischen Betätigung oder Duldberschaft zu umgeben; mit diesem Augenblick hörte es auf, daß irgend ein wilder Soldaten- und Arbeiterrat in die Häuser drang, Verhaftungen vornahm und den Behörden Befehle erteilte unter Berufung auf das Wort Revolution, die ihm dasselbe Recht gebe, wie den Männern, die jetzt an der Spitze stehen. Verbrechen ist jetzt wieder Verbrechen und muß geahndet werden mit der Schärfe des Gesetzes, wie es früher war. (Lebhafter Beifall.) Deshalb ist die Stellungnahme zur Verfassung die große Scheidung der Geister. Wer für Ordnung, für Ruhe, für Festigung unserer Verhältnisse, für Sicherung neuer wirtschaftlichen Möglichkeiten, der Durchführung des Rechtes war, der mußte sich prüfen, ob er nicht unter Zurückstellung noch so lieb gewordener Vorstellungen sich auf den einmal gegebenen Boden stellen solle, den Boden der republikanischen

Verfassung. Wer das nicht fertig brachte und glaubte, gegen die Verfassung einen Klassenstaat aufrichten zu wollen, wie es die Linke wollte, oder uns der Monarchie zuzuführen, wie es die Parteien der Rechten wollten, der muß sich den Vorwurf gefallen lassen, daß er unser Volk nicht zur Ruhe kommen läßt (Lebhaftes sehr richtig!), daß er die Grundlage unseres Aufkommens immer wieder ins Ungewisse und Schwankende bringt. Wir deutschen Demokraten wollen doch offen und rückhaltlos aussprechen: Wir sind von Hause aus keine Republikaner, wir sind Monarchisten gewesen und sind heute noch dankbar für das, was unsere Herrscher geleistet haben. (Lebhafte Zustimmung.) Wir wollen das nicht verleugnen; das ist uns ein Herzensbedürfnis; und wenn Dinge vorkommen, wie die unflätigen Beschimpfungen unserer monarchischen Einrichtungen, dann dreht sich uns vor Zorn, Scham und Ekel das Herz im Leibe um, ganz gleich, in welchem Blatt oder Beiblatt solches geschieht, und auch wenn es sich zur Demokratischen Partei rechnet. Wir Demokraten wollen auch hierin anständige und ehrliche Menschen bleiben. Aber unsere vaterländische Pflicht heißt uns, dasjenige zu begraben, was nicht mehr lebensfähig, was als abgeschlossen zu betrachten ist. Deshalb mußten wir blutenden und wehen Herzens Abschied nehmen von dem, was uns einst wert und hoch und heilig war, und mußten uns auf den neuen Boden stellen und ihm anpassen, was uns wahrlich nicht leicht wurde; und mußten die Grundlagen der neuen Staatsform als solche annehmen. Das ist unsere Stellung. Damit kann auch jeder Republikaner einverstanden sein. Denn es ist besser, nach ernstem Ringen entschlossen eine solche Stellung einzunehmen, als sich als frischgebackener Novembersozialist begeistert einer neuen Meinung zuzuwenden, weil sie als die momentan gewinnbringende und vorteilhafte erscheint. (Lebhaftes sehr gut!)

So ist in der Tat die Stellungnahme gegenüber der Verfassung die Grundlage geworden für die weitere Entwicklung in der letzten Periode des ersten Jahres. Denn als sich diese Scheidung der Geister vollzog, mußte sich sofort die Frage auftun, ob nicht nunmehr auch der Augenblick gekommen sei, an dem die Deutsche Demokratische Partei wieder die Verantwortung für die Führung der Geschäfte übernehmen müsse. Man hat die Frage aufgeworfen, wer eigentlich bei der Erörterung des Problems des Wiedereintritts der Demokraten in die Regierung den Anfang gemacht habe. Ich halte dies für kindisch; denn wenn die Notwendigkeit da war, daß im Interesse des Vaterlandes die Aufgabe übernommen werden mußte, so war es ganz selbstverständlich, daß jeder, der zuerst die Notwendigkeit erkannte, auch dafür eintrat, ohne sich etwas zu vergeben. Im übrigen ist bekannt, daß zuerst Minister David öffentlich den dringenden Wunsch aussprach, daß die Demokratie wieder in die Regierung eintrete, und daß demächst der frühere Ministerpräsident Schriedemann demselben Wunsche Ausdruck gab. Nach langen und nicht einfachen Verhandlungen hat sich die Demokratie entschlossen, in die Reigerung einzutreten. Dieser Schritt bedeutet nichts weiter, als daß auch nach außen in die Erscheinung trat, was durch die Abstimmung über die Verfassung sich bereits deutlich auf den Blättern der Geschichte abgezeichnet hatte. Der Bund der Verfassungstreuen, das und nichts anderes ist die Regierung und die Regierungsmehrheit, und dieser

Bund ist die Signatur unserer ganzen Zeit — das prägen Sie sich ein. Das Maßgebende, das Leitende der Entscheidung waren nicht irgendwie einzelne Abreden zwischen den Parteien, sondern der feste und unentwegte Entschluß, möglichst zusammenzustehen gegenüber allen Unterschieden, um die demokratische Verfassung gegen alle Angriffe von rechts und links zu schützen. Es gibt auch einen Bund der Kaisertreuen, demgegenüber mag für die drei Regierungsparteien die Bezeichnung der Verfassungstreuen gelten, die mit Festigkeit und unter möglichster Zurückstellung aller Schwierigkeiten bereit sind, zum Schutze der Verfassung zusammenzustehen und einzutreten. Daß Unterschiede zwischen ihnen bestehen und in aller Schärfe fortbestehen, darüber haben sich die Parteien in keinem Moment außer Zweifel gelassen. Die gesamte Grundauffassung vom Verhältnis des einzelnen zum allgemeinen, zum Staat und zur Kirche, die Grundauffassung, von der wir ausgehen, daß wir in allen Fragen die sittliche Freiheit der Persönlichkeit in den Mittelpunkt stellen, während die andern von der wirtschaftlichen oder dogmatischen Gebundenheit ausgehen, ist und bleibt völlig verschieden. Darüber sind wir uns klar. Es sind viele Unterschiede auf politischem, wirtschaftlichem und geistigem Gebiete vorhanden, die überhaupt nicht ausgeglichen werden können. Wir sind aber bemüht, über diese Unterschiede zeitweilig soweit hinwegzukommen, als es möglich ist, um immer wieder zu dem großen Gesichtspunkte der zusammenwirkenden Verfassungstreuen zurückkehren zu können. Hierher gehörten auch die vielfach mißverstandenen Verhandlungen, die zum Wiedereintritt in die Regierung geführt haben. Es ist da für keine Partei ein Kaudinisches Joch errichtet, es sind nicht förmliche Bedingungen diktiert worden, sondern man ging alle Fragen, die uns beschäftigen, durch, und da zeigte es sich, daß man Aussicht habe, über alle Punkte gütlich hinwegzukommen. Wir sprachen über die Bekämpfung wilder Streiks, über die Möglichkeit einer Beseitigung, einer Hemmung, einer Verhinderung von Streiks, die wirtschaftlich ungerechtfertigt sind und ins politische Gebiet übergreifen oder lebensnotwendige Betriebe betreffen. Wir sprachen über den Abbau der Erwerbslosenfürsorge und waren uns darüber einig, daß, wer nicht arbeiten will, auch nicht unterstützt werden darf. (Lebhaftes sehr richtig!) Wir sprachen über die Förderung einer gesunden Entwicklung des Schlichtungswesens, über die Förderung der Akkordarbeit gegenüber der schematischen Durchführung der Zeitarbeit. Wir sprachen über die stärkere Durchsetzung des Rechtes, die Kämpfe gegen wilde Organisationen, die in Gestalt von allen möglichen Räten die Ordnung des Staates zu zerstören drohen, über die Notwendigkeit eines Kampfes gegen Wucher, Bestechung, Korruption. Es wurde nicht in bestimmten Paragraphen gesagt, dies und das muß nunmehr geschehen, sondern: Hier können wir ein gut Stück Wegs zusammengehen.

In diesem Sinne sprachen wir auch über das Betriebsrätegesetz; und Sie können sich denken, daß das einer der allerschwersten Punkte war. Aber auch hier setzten wir die Besprechung nur soweit fort, daß wir Aussicht hatten, bei wechselseitigem Nachgeben zu einem befriedigenden Zustand zu kommen. Es ist bedauerlich, daß die Presse über die Rede des Reichskanzlers Bauer, die im großen und ganzen den Inhalt unserer Ab-

reden widergibt, gerade in diesem Punkte falsch berichtet hat. Die Presse stellte eine Aeußerung des Reichskanzlers so dar, als ob er gesagt habe, daß das Gesetz im wesentlichen unverändert angenommen werden müsse. Der Einblick in das Stenogramm wird Sie belehren, daß er das nicht gesagt hat. Er hat im Gegenteil gesagt, er habe den Eindruck, daß man sich auch über dieses Gesetz einigen werde; allerdings müsse der Grundcharakter des Gesetzes gewahrt werden. Aber wir sind auch wirklich der Meinung, daß der Grundcharakter des Gesetzes insoweit gewahrt werden muß, als allerdings eine grundsätzliche Neuordnung der Stellung des Angestellten und Arbeiters in unserem Wirtschaftsleben ins Auge gefaßt werden muß, mehr als bisher. Das wollen wir alle. Der Arbeiter soll auch Subjekt im Wirtschaftsleben sein, während er bisher nur Objekt war. (Sehr gut.) Diesen Gesichtspunkt wollen wir offen und ehrlich bekennen. Wenn wir dem Arbeiter nicht mit freiem Vertrauen entgegenkommen, dann können wir nicht darauf zählen, daß er, der nun einmal ein wesentliches Glied unseres Wirtschaftslebens ist, uns seinerseits Vertrauen schenkt. Ich habe mich gefreut, daß eine große Anzahl von Arbeitgebern bereit ist, in eine neue Stellung ihren Arbeitern gegenüber einzutreten, um die wir nicht herumkommen und nicht herumkommen wollen. Das ist doch ein großer Gedanke der Demokratie, daß alle Mitbürger herangezogen werden sollen, daß jeder nicht bloß das Gefühl hat, er sei ein dienendes Glied, sondern: In mir verkörpert sich auch der Staatsgedanke und die Volkswirtschaft. Dabei müssen das Staats- und Wirtschaftsleben freilich in Gang gehalten werden. Dazu ist nötig, daß eine Grundlage unseres Wirtschaftslebens der Unternehmergeist und die Verantwortlichkeit des Unternehmers ist und bleibt. Diesen Geist, der uns groß in der Welt gemacht hat und uns einen Aufstieg geschaffen hat, wie er niemals in der Welt wiedergefunden ist, zu töten und zu vernichten, kann niemals unsere Aufgabe sein. Ich hoffe, daß wir auf diesem außerordentlich schwierigen Gebiet noch zu einer Einigung kommen werden. Wir wollen uns aber nicht verhehlen, daß in diese Fragen neben den rein praktischen, neben den unmittelbar bedeutsamen Gesichtspunkten für das Wirtschaftsleben der Arbeitnehmer und Arbeitgeber auch ein gewisser Prestigestandpunkt hineinspielt, nämlich der Gedanke, man könnte sich etwas vergeben, wenn man gerade hierin dem einen oder anderen Teil eine Konzession mache. Wir aber wollen zu einem gesunden Zusammenwirken kommen; denn beide Teile, Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind auf die Förderung des Wirtschaftslebens angewiesen. Sie haben aus der Zeitung gesehen, daß die Kommission bereits nicht unerhebliche Aenderungen an dem Entwurf vorgenommen hat, und sie wird sicherlich auch alle Aenderungen vornehmen. Vor der letzten Entschließung werden wir Fühlung nehmen mit unseren Freunden im Lande aus allen Lagern und dafür eintreten, daß ein für alle Teile befriedigender Abschluß zustandekommt. Ich habe die Zuversicht, daß die Partei in ihren sämtlichen Gliedern durchdrungen ist von der Größe des Problems, daß es sich hier um einen neuen Aufbau handelt, der gerade deshalb mit einer großen Vorsicht gemacht werden sollte, um eine falsche Zimmerung zu vermeiden. (Zustimmung.)

Ich bitte auch Sie um Ihre Mitwirkung in dieser Frage. Wir sind frei, wir sind nicht gebunden durch die Verhandlungen; wir sind gebunden bloß durch unser Gewissen, das uns allerdings heißt, auch in diesem Falle den hohen Gesichtspunkt zur gemeinsamen Mitarbeit am Aufbau des Vaterlandes zur Durchführung zu bringen.

Die Arbeiten in den Kommissionen haben nun den letzten Teil des Jahres ausgefüllt und den Abschluß hat die Abstimmung über den Etat gebracht. Die Abstimmung fiel so aus, und die Parteien haben sich so gruppiert, wie es bei der Abstimmung zur Verfassung geschah, so daß gegen den Etat in seiner Gesamtheit die Unabhängigen, die Deutschnationalen und die deutsche Volkspartei gestimmt haben. (Hört! Hört!) Von den Unabhängigen und den Deutschnationalen war das ohne weiteres anzunehmen. Von sehr verschiedenen Gesichtspunkten aus stürmen doch beide Parteien in denselben Extremen und zu einem großen Teil — ich sage das mit Bedacht — unverantwortlicherweise gegen die Grundlagen unseres ganzen Staatslebens. (Vereinzelter Widerspruch.) Von der deutschen Volkspartei hat es vielleicht manchen gewundert und die Begründung, die sie gegeben hat, war nicht geeignet, diese Verwunderung abzuschwächen. Sie hat die ganze Sache in rein formaler Weise damit erklärt, daß die Zustimmung zu dem Etat eine Vertrauenskundgebung für die Regierung bedeutet hätte. Sie könnte sich diese Vertrauenskundgebung nicht leisten und müßte deshalb gegen den Etat stimmen. Der Jurist kann alles, er kann beweisen, daß sein jeweiliges Tun das einzig Logische und Richtige ist. Ich glaube, die Juristen in der deutschen Volkspartei hätten mit demselben Erfolge auch das Gegenteil beweisen können. In Wirklichkeit war es reine Herzensstimmung, die hier die juristische Beweisführung bestimmt hat; wenn die deutsche Volkspartei im Ganzen anders hätte stimmen wollen, wenn sie sich der Umarmung der deutschnationalen Volkspartei wirklich hätte entziehen wollen, so hätte sie es gekonnt. Deshalb macht jene spitzfindige Beweisführung auf mich einen äußerst geringen Eindruck. Das Verhalten der deutschen Volkspartei zerstört allerdings, glaube ich, für lange Zeit einen Traum, den viele von uns geträumt haben: die Einigung derer, die früher als Liberale in geteilten Heerhaufen lagen und im geeinten Bürgertum eine große Aufgabe zu erfüllen gehabt hätten. Indes nehme ich das Wort von den bürgerlichen Parteien überhaupt sehr ungern in den Mund. Es ist noch ein Wort aus der Zeit, wo ein Gegensatz zwischen Bürgern und Arbeitern gemacht wurde. Unsere Arbeiter sind genau so Bürger, wie wir Bürger uns zu den Arbeitern rechnen. (Lebhafte Zustimmung.) Die Kluft zwischen der deutschen Volkspartei und der Deutschen Demokratischen Partei hat sich aber bereits im Wahlkampfe erweitert, und die deutsche Volkspartei ist gegen keine andere Partei mit der Schärfe vorgegangen, wie gegen die Deutsche Demokratische Partei. Sie hat in ihrer gesamten parlamentarischen Betätigung sich immer enger an die deutschnationale Volkspartei angeschlossen. Sie hat mit einer gewissen Wollust sich als eine Partei der Opposition, als ein wesentliches Glied der Rechten dargestellt und den Bolzen verlassen, auf den sie sich früher gestellt hatte, daß sie doch auch die

Brücke nach links schlagen wollte. Die deutsche Volkspartei gibt sich mit Vorliebe als alleinberechtigte Erbin der alten nationalliberalen Partei aus. Ich will mich darüber nicht äußern, ob das richtig ist, wenn 33 gegen 31 Stimmen in einer schwach besuchten Vorstandssitzung beschließen. Aber wenn ich mich auf den Standpunkt stellen will, daß die echte nationalliberale Parteitradition sich in der deutschen Volkspartei fortpflanze, was ich bestreiten muß — denn ich fühle mich als einer der eifrigsten Anhänger der besten und edelsten nationalliberalen Tradition, von der ich aber hoffe, daß sie in unserer demokratischen Partei eine Neubelebung erfahren soll (Lebhafter Beifall.) — so kann ich allerdings anerkennen, daß manche Züge der alten nationalliberalen Partei in der deutschen Volkspartei in vollster Reinheit wiedergekehrt sind. Rudolf v. Bennigsen hat in dem Aufruf von 1867 das schöne und große Wort ausgesprochen: „Die Endziele des Liberalismus sind beständige, aber seine Forderungen und Wege sind nicht abgeschlossen vom Leben und erschöpfen sich nicht in festen Formeln. Sein innerstes Wesen besteht darin, die Zeichen der Zeit zu beachten und ihre Ansprüche zu befriedigen." Das Wesen des Nationalliberalismus hat leider zum großen Teil darin bestanden, die Zeichen der Zeit nicht zu beachten und ihre Ansprüche nicht zu befriedigen. (Sehr richtig!) Einmal hat der Nationalliberalismus die Zeichen der Zeit beachtet und ihre Ansprüche befriedigt: das war in der Zeit der Reichsgründung. Das war eine große Zeit, die ihren goldenen Schein noch jahrzehntelang ausstrahlte, jene Zeit, wo wir mit Kaiser Wilhelm und Fürst Bismarck jenen Höhepunkt unserer Entwicklung herbeigeführt haben. Aber schon damals hat die nationalliberale Partei eins nicht erkannt: das soziale Bedürfnis der Zeit. Es ist ein unverkennbarer Mangel in der Geschichte der liberalen Parteien, nicht bloß der nationalliberalen, daß sie nicht rechtzeitig die Elemente gefaßt und verstanden hat, die aus der Tiefe unseres Volks ans Licht drängten, und daß sie ihnen den Weg ans Licht nicht zeigten. Das hat sich bitter gerächt. Wir hätten nicht die Sozialdemokratie in ihrer Verbitterung und Verhetzung bekommen, wenn damals das Bürgertum nicht bloß für die Reichen und Gebildeten, sondern auch für die Armen geschaffen worden wäre. (Lebhafter anhaltender Beifall.) Wenn ich die Geschichte der nationalliberalen Partei verfolge, so stoße ich immer auf die gleiche Erscheinung. Soll ich die Erinnerung erwecken an das letzte, an die Stellung in der Frage der preußischen Wahlrechtsreform?

Diese falsche Einschätzung der Zeichen der Zeit und ihrer Bedürfnisse kennzeichnet auch die deutsche Volkspartei. Ja, wenn das Beobachten der Zeichen der Zeit und der Befriedigung ihrer Bedürfnisse darin besteht, daß man einer Volksstimmung nachgeht, indem man unklaren Vorstellungen, Wünschen und Neigungen nachkommt, dann muß ich gestehen: das tut die deutsche Volkspartei. Sie macht sich die Kritik, die so furchtbar leicht ist, zu eigen und benutzt die ganz verständliche gefühlsmäßige Hinneigung zu alten vergangenen Zeiten, besonders auch die Hinneigung zur Monarchie. Das war bei ihr freilich nicht immer so. Wir haben nun einmal die Werbeschrift vom Januar 1919, in der es klipp und klar heißt: „Es ist der entschlossene Wille eines starken deutschen Bürgertums, daß Deutschlands Schicksal in der

Zukunft nicht durch eine sozialistische, sondern durch eine bürgerliche Republik bestimmt wird." Jetzt also ist im Wandel der Zeiten das monarchistische Gefühl bei ihr erstarkt, allerdings wiederum nicht ganz einheitlich. Der vortreffliche Abgeordnete Heinze hat es offen und ehrlich ausgesprochen: wir bekennen uns zur Monarchie als solcher, wir erstreben die Wiedereinführung der Monarchie, wir hoffen durch Belehrung und Beeinflussung unseres Volkes die Monarchie wieder einzuführen. Das fiel manchem auf die Nerven; das war zu deutlich. Der Abgeordnete Most z. B. schreibt in einem Aufsatz: „Wir hoffen auf die Wiederkehr der Monarchie in der Form eines wahren Volkskaisertums, überlassen aber die Lösung der Frage Gott, der Geschichte und der wachsenden Einsicht der deutschen Nation." (Heiterkeit.) Das ist sehr bequem. Man läßt den lieben Gott nur walten. Es ist ja richtig, die Herren von der deutschen Volkspartei versichern stets — und das glaube ich ihnen —, jede Anwendung von Gewalt liegt ihnen fern. Ich bin wirklich der festen Ueberzeugung, daß die deutsche Volkspartei für die Monarchie nicht auf die Barrikaden geht. (Heiterkeit, vereinzelte Unruhe.) Ich bin auch überzeugt, daß sie gewillt ist, von ihrem Standpunkte aus mitzuarbeiten an dem Wiederaufbau des Deutschen Reiches. Aber ich sage, daß sie das Fundament hierzu unfähig macht, und diese Unfähigkeit hat sie selbst zum Ausdruck gebracht gerade in der Stellung zur Monarchie, die dazu beiträgt, die Verwirrung in unserem Volke nicht zur Ruhe kommen zu lassen. Was ist das aber auch für eine Monarchie, die die deutsche Volkspartei will? Wir hatten an der Monarchie unsere Freude, als sie eine kräftige wurzelstarke Monarchie war. Aber das neue Gebilde soll doch nur ein blutloser Schemen, eine dekorative Puppe sein. Nach der Vorstellung, die ich vom alten Fritz und vom Großen Kurfürsten habe, würde es mir leid tun, wenn wir eine solche Monarchie, wie sie hier verlangt wird, haben sollten. Daß die Möglichkeit eines Zusammenarbeitens durch die Stellungnahme der deutschen Volkspartei durchkreuzt wird, wie es sicherlich von vielen lebhaft bedauert wird, ist ganz unzweideutig auf dem Parteitag der deutschen Volkspartei zum Ausdruck gekommen. Die offizielle Korrespondenz der Partei betont immer wieder, daß der maßgebende Geist der in dieser Versammlung lebte, der war: Verträglichkeit mit der deutschnationalen Volkspartei, Kampf bis aufs äußerste gegen die Deutsche Demokratische Partei. Diese Kampfeslust hat sich auch bereits in den vergangenen Wochen und Monaten betätigt; denn der Führer der Partei hat erklärt, daß die demokratischen Vereine im Rheinland in Massen zur deutschen Volkspartei übergehen, während sich herausstellte, daß daran kein Wort wahr ist. (Zuruf: Abwarten!) Nein, wir wollen schon jetzt feststellen, was wahr und nicht wahr ist. Schlimmer ist es natürlich, wenn ein anderes Mitglied der Partei, ohne gerüffelt zu werden, in einer Versammlung zu sagen wagt, daß die Deutsche Demokratische Partei kein Verständnis für deutsche Art habe und an einem Mangel an Empfinden für nationale Ehre leide. Darüber kann uns nicht die feierliche Erklärung des Abgeordneten Heinze in der Nationalversammlung hinweghelfen, er stelle ausdrücklich fest, daß er, was für ihn selbstverständlich sei, an der nationalen Gesinnung der Deutschen Demokratischen Partei nicht den mindesten Zweifel habe. Ich habe gar keinen Zwei-

fel gehabt, daß der Abgeordnete Heinze sich zu diesem Bekenntnis erheben würde. Ich kann aber nur bedauern, daß im übrigen solche Kampfesweise immer mehr bestärkt, was in der gesamten Entwicklung des parlamentarischen Lebens zutage getreten ist: jene Kampfesneigung gegenüber der Demokratischen Partei und die Anbiederung an die deutschnationale Volkspartei. Der Abgeordnete Stresemann hat das zusammengefaßt in die Worte: Gegen die Regierungsmehrheit Kampf, gegen die deutschnationale Volkspartei aber freundschaftliches Nebeneinander. Nun hat ja allerdings die deutsche Volkspartei eine Erklärung einmütig abgegeben, sie werde ihre Unabhängigkeit nach rechts und links bewahren. Solche Erklärungen sind dazu da, abgegeben zu werden. Es ist überaus bezeichnend, wie die Kreuz-Zeitung, der man doch gewiß ein Verständnis für die politische Situation nicht absprechen kann, sich dazu stellt. In einem Artikel, der, glaube ich, trotz der Liebenswürdigkeit, die aus ihm spricht, der deutschen Volkspartei nicht übermäßig angenehm sein wird, bespricht die Kreuz-Zeitung, wie sich das Verhältnis zwischen der deutschen Volkspartei und der deutschnationalen Volkspartei gestalten wird, und kommt zu dem Ergebnis, daß eigentlich ein Grund zu einer Nichtverschmelzung kaum mehr vorhanden sei. (Der Redner verliest einen Auszug aus dem Artikel der Kreuz-Zeitung.) Ich zweifle nicht, daß der dort vorausgesetzte gute Wille bei der deutschen Volkspartei besteht. Wenn die deutsche Volkspartei uns aber den Kampf ansagt, so soll sie gewiß sein, wir nehmen diesen Kampf auf. (Lebhafter Beifall.) Wir werden ihn anständig führen, vornehm, unter Vermeidung jeder Gehässigkeit, aber unter Anwendung aller erlaubten politischen Kampfmittel, mit ehrlicher innerer Ueberzeugung, die wir in uns fühlen und von der wir annehmen, daß sie uns zum Siege führen wird in den Entscheidungsstunden, die uns bevorstehen. (Lebhafter Beifall.) Ich will unsere Grundsätze dahin zusammenfassen: Wir wollen aus der Verwirrung zurückkehren zur Ordnung, wir wollen zurückkehren aus der Rechtlosigkeit zu einem Rechtsstaat; wir wollen erlöst werden von der Gesetzlosigkeit. Wir wollen das Recht, nicht das Paragraphenrecht, sondern ein wahres Volksrecht und es für das Volksempfinden ausgestalten. Wir wollen es besonders gegen Korruption, Wucher, Schleichhandel und Preistreiberei ausgestalten und mit aller Gewalt hiergegen vorgehen. Wir wollen unsere Wirtschaft aufbauen auf der Grundlage der freien Betätigung der wirtschaftlichen Kräfte, aber auch das soziale Empfinden stärken und beleben. Wir wollen alles tun, um die gebundenen Kräfte unseres Volkes freizumachen, damit jeder mitarbeiten kann am Aufbau unseres Vaterlandes. Wir wollen aber betonen, daß nicht nur wirtschaftliche und geldliche Interessen vorherrschen dürfen, sondern daß ein Volk Ideale haben muß, um bestehen zu können. (Lebhafter anhaltender Beifall.) Wir wollen die Ideale unseres Volkstums pflegen und wollen uns versenken in die Ideale der Vergangenheit, um für die Zukunft zu schöpfen; denn die neue Zeit braucht Ideale und braucht neue Kultur. Wir wollen Kultur haben. Wir glauben, daß wir besonders berufen sind, an der neuen Kultur

mitzuarbeiten. Wir legen nicht bloß Wert darauf, die großen Massen hinter uns zu haben — wir brauchen sie sicherlich — aber wir brauchen auch die Träger unserer Kultur. Wir wenden uns an diese, daß sie uns treu bleiben und uns helfen auf den Gebieten, wo wir sie für unser Volk nötig haben. (Beifall.) In der Erhaltung unserer idealen Kräfte muß uns das Gefühl der nationalen Zusammengehörigkeit bleiben. Gerade jetzt, wo wir in Not und Schmach, wo wir in Druck und Sorge und Traurigkeit sind, gerade jetzt dürfen wir dieses idealen Gefühls der Zusammengehörigkeit in keinem Augenblick entraten. Es muß unsere Stütze sein in dem Kampfe ums Dasein unseres Volkes. Ich vermisse es manchmal schmerzlich, daß man jetzt in unserem Volke von den Heldentaten in den letzten Jahren kaum mehr spricht und so tut, als ob wir gar nichts im Kriege geleistet haben und nicht Sieger in tausend Schlachten gewesen sind. Wollen wir nicht der gefallenen Helden gedenken, die ihr Bestes für uns dahingegeben haben? (Beifall!) Wir haben nicht nötig, die Augen niederzuschlagen. Wir sind Deutsche und wir wollen es bleiben. (Lebhafter, anhaltender Beifall.) Der Große Kurfürst ruft uns aus seinem Grabe als seinen letzten Willen zu: Bedenke, daß Du ein Deutscher bist! Wir wollen eifrig an uns arbeiten und gedenken, daß wir Deutsche sind und gerade jetzt, wo wir dem Hohn und Spott der Welt ausgesetzt sind, wollen wir betonen: Wir sind sogar stolz darauf, daß wir Deutsche sind. (Stürmisch, anhaltender Beifall.) Die Gegenwart ist unsäglich schwer. Wir wissen nicht, was die nächste Zeit, was die Zukunft bringt und doch — wenn wir mit möglichster Ruhe und Unbefangenheit die Dinge betrachten wie sie sind, dann spürt man einen gewissen Fortschritt, merkt, wie die Dinge sich wieder einrenken, wie die Ordnung Platz greift, wie die Arbeitslust sich hebt, wie die Leute wieder zurückkehren zur Pflicht. Man darf die Geduld nicht verlieren. Wir müssen milder denken, müssen bedenken, was unser Volk ausgehalten hat. Wir sehen, wie unser Geist sich mehr und mehr aufschwingt. Wir vertrauen auf die Wiedererstarkung unserer Industrie, auf die Geschicklichkeit und Arbeitsfreudigkeit unserer Arbeiter, auf die Erfindertätigkeit unserer Techniker. Wir sind überzeugt, daß die neue Zeit neue Probleme aufstellt und die Lust zur Mitarbeit gehoben und gestärkt wird. Noch sehen wir den sicheren Ausweg nicht; aber ich habe die Empfindung: Ein neuer Tag dämmert herauf und für diesen Tag gilt das Wort des Dichters, gilt auch für uns: Zu neuen Ufern lockt ein neuer Tag! (Lebhafter, lang anhaltender Beifall.)

Die Aufgaben des Reichsamtes des Innern

Vom Reichsminister Koch.*

Meine Damen und Herren! Wenn ich heute zum ersten Male vor diesem Hause erscheine, so lassen Sie mich meine Erörterungen damit beginnen, daß ich Ihnen erkläre, daß es meine Absicht ist, mein Amt sachlich und ohne Voreingenommenheit zu führen. Unter meiner Amtsführung wird mein Amt weder ein Tummelplatz der politischen Agitation, noch eine Propagandastelle für eine einzelne Partei werden. (Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Ich sehe in meinem Amte folgende zwei große Aufgaben: Es handelt sich zunächst darum, die öffentliche Ordnung im Reiche wieder herzustellen, (bravo!) und es handelt sich zum anderen darum, eine ganze Reihe von Gesetzen dem Stande unserer Gesetzgebung und unseres Volkslebens, den Bedürfnissen der neuen Zeit anzupassen.

Ich stelle bewußt die Wiederaufrichtung und Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung in den Vordergrund; (sehr richtig!) sie ist die Grundlage und die Voraussetzung für alle weitere Arbeit. Unser deutsches Volk ist ein Volk, das die Ordnung liebt und sich ohne Ordnung nicht wohlfühlt. (Sehr wahr!) Es hat nach fünf Jahren des Krieges und nach der Revolution, nachdem es seelisch aus dem Gleichgewicht gebracht worden ist, Anspruch darauf, zur Ruhe zu kommen. Wenn ich das ausspreche, so ist das nicht undemokratisch; im Gegenteil, auf die Dauer wird unser Volk nur dem anhangen, der ihm Ordnung gibt. (Sehr richtig!) Wenn es der Demokratie nicht gelingen sollte, Ordnung zu schaffen, so würde die Demokratie ihre Aufgabe nicht erfüllt haben. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Wer dem Volk die Freiheit bringen will, muß ihm die Ordnung bringen. Denn eines ohne das andere wird nicht bestehen.

Ich glaube, daß zu einem übertriebenen Pessimismus, was die Seele unseres Volkes angeht, keine Veranlassung gegeben ist. Wenn wir bedenken, wie jahre- und jahrzehntelang Wirren in anderen Staaten unglücklichen Kriegen und der Revolution gefolgt sind, so müssen wir, vom Standpunkte der Geschichte aus gesehen, dieses eine Jahr, das hinter uns liegt, als eine verhältnismäßig kurze Epoche bezeichnen. (Sehr richtig! links.) Ich lebe der bestimmten Hoffnung, daß unser Volk erstarken und seelisch gesunden wird. Die Erscheinungen dafür liegen vor. Ich bin der Meinung, daß unsere Männer, die, als Soldaten aus ihrem seelischen Gleichgewicht gebracht, wieder heimgekehrt sind, allmählich wieder anfangen, politisch gesehen, Staatsbürger und, wirtschaftlich gesehen, Arbeiter zu werden. (Sehr schön! Bravo!) Diesen ruhigen Entwicklungsgang zu fördern und zu schützen ist unsere Aufgabe. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Aber man soll nicht vergessen, daß unser Volk seelisch auch heute noch nicht

* Rede in der Nationalversammlung am 16. Oktober 1919.

wieder völlig gesund ist. Man soll unserem Volk in dieser schweren Zeit nicht mit neuen Verfassungskämpfen, nicht mit Erörterungen über eine neue Verfassungsform kommen. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Das verträgt unser Volk noch nicht, und es erneut in Verfassungskämpfe hineinführen wollen, ist nichts anderes, als wenn man einen Verwundeten, einen Fieberkranken erneut in den Schützengraben schicken wollte. Meine Damen und Herren! Ich weiß sehr wohl: der Baum unserer jungen republikanischen Freiheit ist noch schlank; es ist nicht schwer, ihn zu rütteln und zu schütteln. Ich fürchte aber, daß viele von denen, die an diesem Baume heute schütteln, nicht zu denen gehören, denen nachher die Frucht in den Schoß fallen wird. (Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Wenn wir an die wichtige und große Aufgabe herangehen, die öffentliche Ordnung wiederherzustellen, so können wir uns dabei nicht allein auf polizeiliche Maßnahmen verlassen. Andererseits ist dabei eine geordnete Polizei unentbehrlich, so daß auch mein Ressort beteiligt ist. Denn ich weiß, daß ich mit dem hochverdienten Herrn Reichswehrminister in der Auffassung übereinstimme, daß es an der Zeit ist, in aller Ruhe und mit aller Vorsicht allmählich die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung aus den Händen des Militärs in die Hände der bürgerlichen Behörden zurückzulegen. (Lebhafte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.) Dabei kann natürlich eine völlige Rückübertragung an die Landespolizeibehörden im Augenblick noch nicht in Frage kommen. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Sie sind zu verzweigt, sind in ihrer Zusammensetzung und Auffassung zu verschiedenartig, als daß man diesen Behörden in einer Zeit, in der das ganze Reich noch in Erregung ist, allein diese Verantwortung übertragen könnte. So tritt von selbst die Notwendigkeit hervor, daß das Reichsministerium des Innern als Polizeiministerium sich an der Lösung dieser Frage in erster Linie beteiligt. Wir sind daran, diese Aufgabe zu erfüllen. Es wird zunächst unsere Aufgabe sein, eine Wasserpolizei zu schaffen, schon wegen des Lebensmittelschmuggels, aber auch aus anderen Gründen. Die Einrichtung ist im Werden. Es wird weiter erforderlich sein, der Kriminalpolizei für das Reich einen einheitlichen Oberbau beim Reichsministerium des Innern zu geben. Den Gedanken einer reichseigenen Polizei lehne ich im übrigen ab. Es würde kostspielig und verworren sein, wenn wir neben der Landespolizei noch eine eigene Reichspolizeitruppe schaffen wollten. Auf diesem Gebiet kann es nur die Aufgabe des Reiches sein, die Länder in ihren Bestrebungen zu unterstützen und auf Einheitlichkeit hinzuwirken.

Eine weitere Aufgabe auf dem Gebiete der Polizei besteht darin, die Rechtssicherheit zu schützen. Namentlich ist dringlich die Einführung eines neuen Schutzhaftgesetzes, das mit den vielen in dieser Beziehung beklagten Mängeln aufräumt. Dringlich ist auch ein geordnetes Fremdenrecht, damit wir zu geordneten und gesicherten Zuständen kommen. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Im ganzen befinde ich mich in Uebereinstimmung mit dem Herrn Justizminister und seinen neulichen Ausführungen, indem ich das größte Gewicht darauf lege, daß wir durch Aufrechterhaltung und Sicherung der öffentlichen

Ordnung in jeder Beziehung zu den Zuständen eines Rechtsstaates zurückkehren, (sehr gut! bei den Deutschen Demokraten) und indem ich dafür sorge, daß Organe, denen die rechtliche Grundlage fehlt, sich nicht in die Rechtsverhältnisse der Behörden und der Einzelpersonen einmischen. (Lebhafte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.)

Meine Damen und Herren! Wenn ich vom Rechtsstaate rede, so bin ich den Fragen der Verfassung nicht fern. Wir haben die neue Reichsverfassung geschaffen, und ich spreche in Ihrem Sinne, wenn ich dabei dem Schöpfer und hervorragenden Mitarbeiter an dieser Verfassung, meinem hochverehrten Vorgänger, dem Herrn Minister Dr. Preuß, nochmals unseren Dank zum Ausdruck bringe. (Bravo!) Die Verfassung hat uns die Reichseinheit erhalten, und auch hier darf ich sagen, daß es eine Aufgabe der Demokratie ist, die Reichseinheit zu schützen. (Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.) Würde ihr das nicht gelingen, so würde sie in diesem Punkte versagt haben und durch andere Staatsformen abgelöst werden. Aber wir werden nicht versagen und werden unsere erste Aufgabe in der Aufrechterhaltung der Reichseinheit sehen. (Bravo!) Reichseinheit ist noch nicht Einheitsstaat. Wir haben durch die Verfassung der Form nach noch nicht den Einheitsstaat bekommen, aber im Gegensatz zu der früheren hat die neue Verfassung den Weg zum Einheitsstaate freigemacht. Es bedarf keiner neuen Verfassungsänderung, sondern ganz von selbst werden wir aus finanziellen, politischen und völkischen Gründen heraus auf Grund der jetzt geschaffenen Verfassung zum Einheitsstaat gelangen. (Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.) Dieser Weg kann ruhig und ohne Verletzung der Rechte der Länder gegangen werden. Ich betrachte es als meine Aufgabe in meinem Amt, den Ländern zu geben, was der Länder ist. Andererseits aber muß anerkannt werden, daß infolge des neuen Gefüges des Reichs die Stellung des Reichs eine überragendere geworden ist. Das Reich ist nicht mehr, aus dem „Bund der Fürsten" zusammengesetzt, ein Gebilde unselbständiger Natur, sondern das Reich trägt seine Lebensberechtigung und seinen Lebenswillen in sich. Es ist ein selbständiges Wesen, geschaffen aus dem Willen der Beteiligten. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Aus diesem Grunde muß vom Standpunkt des Reiches verlangt und erwartet werden, daß jede wichtige Frage innerhalb des Reiches nicht ohne Mitwirkung und ohne Berücksichtigung der Reichsinteressen gelöst wird. (Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.) Es gibt in diesem Sinne keine preußische oder bayerische Frage mehr, sondern jede Frage, wenn sie für das gesamte Reich irgendwie von Bedeutung ist, ist zugleich eine deutsche Frage, an deren Lösung mitzuwirken wir berufen sind. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und den Deutschen Demokraten.)

Nichts hat dem Reichsgedanken bisher so sehr Abbruch getan als der Gedanke, als ob mit der Reichseinheit und dem Einheitsstaat gleichzeitig eine Zentralisation verbunden sein müsse. Zentralisation auf jedem Gebiete ist während des Krieges dem deutschen Charakter noch weniger sympathisch geworden, als es bereits vor dem Krieg der Fall war. Die Kriegswirtschaft und die Kriegsorganisationen haben namentlich in Süddeutschland die Ab-

neigung gegen eine Zentralisation verschärft. (Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.) Und mit einem gewissen Unrecht verwechselt man heute diese Zentralisation mit dem Unitarismus. Ich habe keinen Zweifel darüber, daß, selbst wenn wir zum Einheitsstaat kommen, dieser nur eine dezentralisierte Form haben kann. Die Zentralisation der Behörden an einer Stelle, die Fiktion, als ob es möglich wäre, von einer Stelle aus die Geschicke eines Siebzig-Millionen-Volkes zu lenken, ist unmöglich und trägt den Keim des Versagens in sich selbst (Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.) Es gibt wenige leitende Männer, die in der Lage sind, bis in die letzten Grenzen des Reichs hinein ihre Anschauungen so durchzusetzen und zu vertreten, daß sie wirklich auch gern von dem letzten Beamten ausgeführt werden. Man kommt auf diesem Wege zu einer Ueberfülle von Verordnungen, die unerträglich ist, (Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten) und man kommt draußen zu Beamten, die bei jeder Maßnahme sich unfähig fühlen, auf die Entscheidung in Berlin einzuwirken, die dasjenige, was sie ausführen, unter Umständen unwillig, unter Umständen ohne Unterdrückung von Kritik, jedenfalls aber maschinenmäßig zur Ausführung bringen. Wir werden uns also bei den Aufgaben, die dem Reichsamt des Innern übertragen werden sollen, immer klar machen, daß es eines der wichtigsten Dinge ist, dafür zu sorgen, daß diese Ausführung in möglichst dezentralisierter Form durch Organe der Landesverwaltung und der Selbstverwaltung geschieht. Wir hoffen, auf diese Weise dem Gedanken des Unitarismus nicht zu schaden, sondern in hohem Maße zu nützen. (Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Meine Damen und Herren! Der Artikel 18 der neuen Reichsverfassung sieht eine Neugliederung des Reichs vorous. Es ist erfreulich, daß die Streitigkeiten darüber um zwei Jahre hinausgeschoben sind. Denn die gegenwärtige heiße Zeit ist nicht dazu angetan, diese Fragen endgültig zu lösen. Inzwischen aber werden die Fragen in meinem Reichsamt des Innern ohne Voreingenommenheit studiert und vorbereitet werden müssen. Es ist uns durch die Nationalversammlung zur Pflicht gemacht, eine Zentralstelle einzusetzen, die sich mit diesen Fragen beschäftigt, und ich halte es für eine der wichtigsten Aufgaben meines Ressorts, an die Erörterung dieser Fragen heranzugehen. (Bravo! bei den Deutschen Demokraten und den Sozialdemokraten.) Ich betone von vornherein — und hoffe damit Bedenklichkeiten auslöschen zu können, die eine mißverstandene Aeußerung von mir bei einem Teile des Hauses ausgelöst hat —, daß ich aufs schärfste unterscheide zwischen den Los-lösungsbestrebungen vom Reich und dem Gedanken einer Neugliederung des Reichs. (Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.) Wir werden also an die Lösung dieser Frage ohne Voreingenommenheit und mit aller Loyalität herangehen. Wir werden allerdings diese Fragen nicht in erster Linie auf diesem Wege lösen können. Nach meiner Ansicht wird ihre Lösung und der Weg zum Einheitsstaat darin bestehen, daß das Reich mehr und mehr weitere Zuständigkeiten an sich zieht. (sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten) und daß Preußen seinerseits seinen Provinzen eine immer weitergehende Selbständigkeit gibt, so daß der Unterschied zwischen dem deutschen Land und der preußischen Provinz allmählich und in aller Vorsicht überwunden wird. (Sehr gut!

bei den Deutschen Demokraten.) Ich weiß mich zu meiner Freude bei diesen Erklärungen im Einklang mit vielen Erklärungen der preußischen Regierung und hoffe deshalb, daß es gelingen wird, die Reibungen, die das Nebeneinander der beiden großen Regierungen mit sich bringen könnte, immer zu beseitigen, ehe sie entzündlich werden.

Ich brauche Ihnen die übrigen Aufgaben, die die Verfassung dem Reichsminister des Innern bringt, nicht aufzuzählen; denn die Beratungen der Verfassung sind noch in frischer Erinnerung. Wir werden Ihnen in Bälde ein Wahlgesetz vorlegen, das den bewährten und gerechten Grundgedanken der Verhältniswahl beibehält, immerhin aber den Versuch macht, die Beziehungen des Abgeordneten zu seinem Wahlkreise wieder enger zu knüpfen. Ein Gesetz über die Reichspräsidentenwahl und eines über den Volksentscheid ist in Vorbereitung. Ein Gesetz über den Staatsgerichtshof wird bereits von Ihnen bearbeitet; ein solches über das Reichsverwaltungsgericht wird nachfolgen, ebenso ein Gesetz über den bei Gefährdung der Ordnung zu schaffenden Notwehrzustand des Staates. Endlich ist das bisherige Gesetz über die Reichs- und Staatsangehörigkeit durch die Verfassung überholt. Ich werde eine Novelle ausarbeiten lassen, die den Gesichtspunkt der Reichsangehörigkeit in den Vordergrund stellt.

Meine Damen und Herren! Die Verfassung gibt uns unter anderen wichtigen Aufgaben insbesondere die Lösung der Beamtenfragen in die Hand. An diese Lösung muß herangegangen werden unter vorsichtiger Schonung der guten alten Ueberlieferungen unseres Beamtenstandes, die seit jeher unser Stolz gewesen sind. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Es muß aber auch daran gegangen werden in der vollen Anerkennung, daß den Beamten nicht nur ihre alten Rechte für sicher erklärt werden müssen, sondern daß zugleich den Grundsätzen einer neuen Zeit Rechnung getragen werden muß. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Eine Mitwirkung des Beamten an den Angelegenheiten seiner Dienstverhältnisse ist zweckmäßig und gerecht. (Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.) Ich stehe lange genug an der Spitze eines großen Beamtenkörpers, um zu wissen, daß es zwar eine große Reihe von Dingen gibt, die sich aus der Vogelperspektive besser lösen lassen, dort, wo die Uebersicht vorhanden ist, als vom flachen Boden aus; ich weiß aber ebensogut, daß es eine große Reihe von anderen Dingen gibt, die derjenige, der vielleicht nur einmal im Monat Zeit und Lust findet, aus den Wolken hervorzutreten, nicht so gut lösen und ausführen kann wie derjenige, der unmittelbar im Betriebe beständig unter Einsetzung seiner eigenen Person arbeitet. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Wir werden also auf dem Gebiete der Besoldung, Einreihung und Beschäftigung der Beamten und auf dem Gebiete der Mitwirkung im Betriebe den Beamten mancherlei und weitgehende Rechte einräumen können, ohne fürchten zu müssen, daß der feste Bestand unseres Beamtentums darunter zerbricht. (Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.)

Dabei wird gleichzeitig die Gehaltsfrage einer Neuregelung unterzogen werden müssen, und soweit mein Ressort dabei beteiligt ist, kann ich nur erklären, daß ich diese Frage für überaus dringend halte. (Sehr

richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Die Bezüge der unteren und mittleren Beamten sind zurzeit häufig so gering, daß sie unter die der Arbeiter weit herunterkommen, und daß sie oft nicht ausreichen, um die Not vom Hause fernzuhalten. (Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten.) Auch die Bezüge der höheren Beamten sind heute nicht mehr der Verantwortung ihrer Stellung gemäß. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Auch das auszusprechen, ist nicht undemokratisch, sondern im Gegenteil! (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Gerade die Demokratie hat alle Veranlassung, sich für die verantwortlichen Posten Beamte zu sichern, die nicht mit einem Teil ihrer Bezüge auf ihren Geldbeutel oder den Geldbeutel ihrer Eltern angewiesen sind. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Damit wird man zugleich auch der Korruption im Beamtenstande steuern können, die ja leider zuerst im Kriege in so erschreckendem Maße hervorgetreten ist. Ich halte den Kampf gegen diese Korruption für besonders wichtig; ich weiß aber, daß diese Reinigung innerhalb unserer Beamtenschaft nur durchzuführen ist, wenn sie eine Selbstreinigung ist (Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.) Also auch hier wird die Heranziehung der Beamtenkorporationen von ganz besonderer Wichtigkeit sein, und es wird davon auszugehen sein, daß diese Korporationen, wenn man ihnen Rechte verleiht, gleichzeitig auch Pflichten übernehmen. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Ich darf Ihnen als ein erfreuliches Zeichen mitteilen, daß ich vor wenigen Tagen ein Telegramm aus Freiburg im Breisgau von sämtlichen Organisationen der dortigen Verkehrsbeamten und Verkehrsarbeiter erhalten habe, die sich freiwillig in Erkenntnis der Haltlosigkeit der gegenwärtigen Zustände zur rückhaltlosen Mitarbeit bei der Ausrottung der Korruption bereit erklären. (Bravo!) Ich weiß, daß ein solches Beispiel in unserer Beamten- und Arbeiterschaft Widerhall finden wird.

Meine Damen und Herren! Eine Frage, die ganz neu an das Reichsministerium des Innern herankommt, ist die Mitwirkung in allen Kulturangelegenheiten. Waren sie bisher der Zuständigkeit der Länder allein vorbehalten, so hat die neue Reichsverfassung sie dem Reich zu einem großen Teile zugewiesen. Damit ist mein Ministerium, wenn ich mich so ausdrücken darf, gleichzeitig ein Reichskultusministerium oder, wie ich lieber sagen möchte, ein Reichskulturministerium geworden. (Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.) Wir werden in der heutigen Zeit diesen Kulturaufgaben unsere besondere Aufmerksamkeit widmen müssen (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Das geistige Bedürfnis unseres Volkes wird zurzeit zu einem großen Teil nur von politischen Fragen bestritten. So wichtig und wertvoll die Politik ist, so notwendig die Mitwirkung dabei für den einzelnen ist: sie vermag das Leben nicht auszufüllen und vermag das um so weniger in einer Zeit wie der jetzigen, wo wir in Verhältnissen leben, in denen die Beschäftigung mit der Politik leicht zu einer Entmutigung führen kann. Da soll Trost und Zuflucht in den Aufgaben und in der Beschäftigung mit aller Dingen der Kultur gefunden werden. Und nicht nur im Inlande; wir haben alle Veranlassung, auch im Auslande, wo wir mit Panzerschiffen nicht mehr wirken können, dadurch zu wirken, daß wir kulturelle Probleme an das

Ausland heranbringen und das Ausland mit den Ergebnissen unserer deutschen Kultur bekanntmachen. (Beifall.) War das bisher eine Aufgabe der Einzelstaaten, und ist es von Preußen zu einem Teile gelöst worden, so wird es durch die neue Verfassung eine Aufgabe des Reichs, deren Wichtigkeit — das weiß ich — sich hier im Hause niemand verschließen wird. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Und noch ein Drittes. Wir haben, wenn wir die Kulturaufgaben von Reichs wegen pflegen, daran zu denken, daß es infolge dieses unglückseligen Friedens außerhalb der Reichsgrenzen Millionen und aber Millionen Deutsche gibt, die mit Deutschland leider, solange das Verständnis bei den anderen fremden Völkern nicht eingekehrt ist, nur durch die Bande der Kultur verbunden sind. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Wir haben alle Veranlassung, die Beziehungen zu diesen Auslandsdeutschen, wie ich sie heute leider nennen muß, durch die Pflege der deutschen Kultur und durch Herbeiführung eines engen Zusammenhanges auf kulturellem Gebiete zu fördern und zu vertiefen. (Lebhafter Beifall links.)

Von den Kulturaufgaben, die meinem Ressort obliegen, ist die nächstliegende die Ausarbeitung einer neuen Schulgesetzgebung. (Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.) Die Vorarbeiten dafür sind im Gange. Eine Vorkonferenz habe ich bereits für die nächste Woche nach Berlin berufen; sie soll die Grundlage geben für die weitere Vorbereitung einer großen Schulkonferenz, die für das Frühjahr des nächsten Jahres in Aussicht genommen ist, und wobei ich — ich hoffe, ich brauche das nicht besonders zu betonen — alle bewährten Fachleute ohne Unterschied ihrer politischen und pädagogischen Ueberzeugung heranziehen werde. (Bravo! bei den Deutschen Demokraten und bei den Sozialdemokraten.)

Auf dem Gebiete des Schulwesens wird es zunächst darauf ankommen, daß wir die tiefe Zerklüftung, die unser Volk auch heute nach dem Kriege noch in sozialer Beziehung empfindet, wenigstens in der Schule so bald wie möglich ausgleichen. (Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.) Das ist die wichtigste politische Aufgabe, die die Schule zu erfüllen hat. Darüber hinaus soll Politik aus der Schule fernbleiben. (Sehr richtig!) Ich glaube, ich spreche im Sinne des größten Teiles dieses Hauses, wenn ich sage, daß wir darin einig sind, daß unsere Schule nicht zum Agitationslokal heruntergewürdigt werden soll. (Lebhafte Zustimmung.)

Religionsfeindschaft wird aus meinem Ressort verbannt sein. Ich bin der Meinung, daß wir aus der Jahrhunderte langen Leidensgeschichte unseres Volkes mindestens das eine, nämlich religiöse Duldsamkeit gelernt haben müssen. (Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.) Die Bestimmungen der Reichsverfassung, die auf diesem Gebiet gegeben sind, werden von mir mit aller Rücksichtslosigkeit durchgeführt, und wenn, wie es heißt, einzelne Länder sich den hier gegebenen Bestimmungen zum Schutze der Religion nicht fügen wollen, so wird es Aufgabe der Reichsexekutive sein, durchzugreifen. (Bravo! und sehr gut! im Zentrum und bei den Deutschen Demokraten — Oho! und Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Gegenrufe im Zentrum: Selbstverständlich!) Ja, das ist selbstverständlich, schon weil die

Achtung vor dem Gesetz und noch mehr die Achtung vor unserer Verfassung zu fördern, unsere wichtigste Aufgabe wird sein müssen.

Chauvinismus in jeder Form ist aus unserer Schule zu verbannen. (Bravo! bei den Deutschen Demokraten.) Aber das Nationalbewußtsein soll in unseren Schulen gepflegt werden. (Lebhafte Zustimmung.) Mag in unseren Schulen in Zeiten der nationalen Ueberhebung manchmal das Nationalbewußtsein vom Standpunkt eines starken Chauvinismus betrieben worden sein, heute in der Zeit der nationalen Erniedrigung kommt es darauf an, daß die Schule den Zöglingen den Wert und die Größe der deutschen Geschichte und des deutschen Volkes und seiner Leistungen einflößt. (Lebhafte Zustimmung und Beifall.)

Neben der Aufgabe, unser Schulwesen neu zu ordnen, steht die ebenso wichtige Aufgabe, auch die Jugendwohlfahrt von Reichs wegen in die Hand zu nehmen. Nicht als wenn ich mir von einem Reichsjugendwohlfahrtsgesetz eine endgültige Abhilfe versprächte, denn ich bin der Meinung, die Hauptsache auf dem Gebiete kann nur innerhalb der Gemeinden und innerhalb der örtlichen Organisationen geleistet werden. Aber der Rahmen dafür, daß nicht gegeneinander und nebeneinander gearbeitet wird, muß von Reichs wegen gegeben sein. Die Jugend ist uns in der Zeit, wo uns der Krieg so viele Verluste an Kapitalien, auch an dem wichtigsten Arbeitskapital gebracht hat, unsere Zukunftshoffnung. Nur wenn wir eine gesunde Jugend auferziehen, können wir hoffen, daß wir diese Verluste wieder einbringen, um so mehr, als die Zukunft der deutschen Arbeit in erster Linie in Qualitätsarbeit besteht. Qualitätsarbeit aber können nur Qualitätsmenschen leisten. Wir werden uns bei der Förderung der Jugendwohlfahrt nicht auf negative Maßnahmen beschränken können. Was nach dieser Richtung hin auf dem Gebiete der Beschränkung der Schmutz- und Schundliteratur und des Kinowesens geschehen kann, habe ich bereits vorhin ausführen können. Auch die Maßnahmen gegen die Verwahrlosung der Jugend, die sonst zu ergreifen sind, werden nicht allein genügen. Es kommt darauf an, der Jugend, namentlich der Großstadtjugend, wieder einen positiven Lebensinhalt zu geben, namentlich durch die Pflege der Fortbildung, durch die Pflege des Sports und der Leibesübungen, auf die ich besonderes Gewicht lege, und dadurch, daß Einrichtungen für die geistige Erholung getroffen werden. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Fortbildungsschulen!) — Ja, ich habe von der Fortbildung gesprochen, ich nehme an, daß die Fortbildungsschule ein ganz besonders wichtiges Kapitel auf diesem Gebiete zu sein hat.

Auf wirtschaftlichem Gebiete ist mein Ressort im allgemeinen nicht zuständig. Indessen habe ich den Auftrag, ein Kommunalisierungsgesetz für die Gemeinden auszuarbeiten. Der Entwurf liegt fast vor. Für die Städte ist die Kommunalisierung nichts Neues, sondern wir haben seit Jahrzehnten uns damit befaßt, diejenigen Einrichtungen, die dem öffentlichen Wohl dienen, in die Hand der Kommunen zu bringen. Das Kommunalisierungsgesetz muß die Aufgabe haben, den Gemeinden diese Möglichkeit zu erleichtern. Ich denke dabei an Verkehrsunternehmungen, an die großen Licht- und Kraftzentralen, an das Beerdigungswesen, das Anstaltswesen, das Kino- und Theaterwesen und manches andere. Heute, wo die Stadtverordnetenversammlungen neu zusammengesetzt sind, ist es eine besonders wichtige Aufgabe, ihnen Gelegenheit zu kraftvoller Arbeit auf diesem Gebiet zu geben. Denn die Stadtverordnetenversammlungen wollen arbeiten. Vor Experimenten auf diesem Gebiet, die unsere Volkswirtschaft weiter erschüttern und unseren Mittelstand vernichten würden, warne ich auch bei Gelegenheit der Einbringung des Kommunalisierungsgesetzes. (Sehr richtig!)

Ein ganz besonders wichtiges Gebiet, das meiner Fürsorge anvertraut ist und das die schmerzlichsten Gedanken wachruft, ist die Sorge für die vertriebenen Elsaß-Lothringer. Durch die Franzosen sind heute bereits 85 000 Personen, (hört! hört!) darunter 5000 Beamte, das ist fast ein Viertel der Altdeutschen — aus Elsaß-Lothringen vertrieben worden. (Hört! Hört! und Pfuirufe.) Schon regt sich in Elsaß-Lothringen die Sehnsucht nach diesen altbewährten Elementen. (Hört! Hört!) Auf diesem Gebiet ist es naturgemäß in der Zeit des ersten Ansturms und der ersten Wirren nicht immer möglich gewesen, so zu arbeiten, wie es mir und meinen Beamten in jeder Hinsicht lieb gewesen wäre. Immerhin ist es bereits gelungen, fast ein Drittel der in Frage kommenden Beamten unterzubringen, und ich appelliere bei dieser Gelegenheit an alle Ressorts im Reiche und der Länder, berechtigte Wünsche der eigenen Beamten zurückzustellen, wenn es sich um die Erfüllung dieser allerwichtigsten aller Aufgaben auf diesem Gebiet handelt. Weiter sind dem Roten Kreuz erhebliche Mittel zur Verfügung gestellt, auch ist eine Darlehnskasse geschaffen worden. Die Sorge für die aus dem Osten Vertriebenen liegt in erster Linie Preußen ob und wird dort in fürsorglicher Weise gehandhabt. Immerhin wird auch mein Ressort mit diesen Fragen befaßt werden. Im ganzen wird es keine vornehmere Sorge geben dürfen als die für diese Unglücklichen. Wir Deutsche sind alle arm geworden, arm an irdischen Gütern, arm auch an Hoffnungen auf einen schleunigen und sofortigen Aufstieg unseres Volkes. Dies aber sind die Aermsten unter uns Armen, und ihnen zu helfen, muß auch einem armen Volke Pflicht sein. (Bravo!)

Ebenso wichtig, aber hoffnungsvoller ist die Sorge für die besetzten Gebiete. Auch hier sind die Klagen, die meinem Amtsbereich zugegangen sind, zahlloser Natur. Ich hoffe, daß es mit der Ratifizierung des Friedens möglich sein wird, diesen Klagen in wirksamerer Weise abzuhelfen, als es bisher bei der Unsicherheit der gesamten Rechtszustände im besetzten Gebiete manchmal möglich gewesen ist. Die Einrichtung eines Reichskommissariats ist, wie Sie wissen, bereits geschehen. Dadurch wird der Bevölkerung Gelegenheit gegeben sein, unser Ohr und das Ohr der Kommandeure der Besatzungstruppen besser als bisher zu finden. Namentlich im französischen Gebiet ist mit der Beschlagnahme von Häusern zu militärischen Zwecken außerordentlich schroff vorgegangen worden. In vielen Fällen sind Familien aus ihren Häusern mit einer Frist von wenigen Stunden vertrieben worden, ohne die Erlaubnis, auch nur das Geringste an Hausgerät mitzunehmen (Hört! Hört! und lebhafte Pfuirufe. — Zuruf von den Deutschen Demokraten: Das ist nicht nur im französischen Gebiet gewesen!) Welche Schwierigkeiten und Leiden sich für den einzelnen daraus ergeben, brauche ich

hier nicht darzulegen. Unsere Aufgabe muß es sein, den Städten, die hiervon betroffen sind, zu helfen. Es wird erforderlich sein, daß Reichsmittel gegeben werden, damit diese Städte in die Lage kommen, so bald wie irgend möglich Ersatz für die beschlagnahmten Häuser zu bauen und dadurch zu erreichen, daß die Menschen, die sonst aus diesen Gebieten fortziehen müßten — sie sind für die Städte oft die besten Steuerzahler —, in diesen Gebieten gehalten werden können. Daß ich dabei als alter Bürgermeister Wert darauf lege, diese Bauten nach Möglichkeit nicht durch reichseigene Behörden ausführen zu lassen, sondern den Städten die Mittel zuzuweisen, damit sie ihrerseits unter der Aufsicht des Reichs bauen können, brauche ich nicht auszuführen. Ich weiß aber, daß ich mich dabei im Einklang mit den Wünschen der beteiligten Gemeinden befinde. Das Reichskabinett hat in der vorigen Woche einem derartigen Antrag bereits zugestimmt. (Beifall bei den Deutschen Demokraten.)

Nun lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch eins erwähnen. Eine außerordentlich wichtige Frage ist, daß es gelingt, das besetzte und das sonst irgendwie gefährdete Gebiet mit Lebensmitteln hinreichend zu versorgen. Es sind zum großen Teil Bedarfsgebiete, die sich nicht selbst helfen können. Ich appelliere an das vaterländische Gefühl aller derjenigen, die daran tätig sind oder tätig sein sollten, die Lebensmittel zu produzieren und herbeizuführen, daß sie gerade diese Gebiete nach besten Kräften versorgen helfen.

Das beste Mittel der Propaganda ist allerdings, daß es gelingt, die Verhältnisse bei uns im Reiche wieder zu bessern. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Die Unterdrückung einer allzu scharfen und hämischen Kritik, die den besonderen Schwierigkeiten der gegenwärtigen Lage nicht gerecht wird, (sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten) ist das allerbeste Mittel, um diesen Gebieten die Freude am Reich zu erhalten. (Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.) — Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.) — Ich habe von einer freiwilligen Unterdrückung der Kritik gesprochen, nicht von einer polizeilichen Unterdrückung, und ich bin überzeugt, daß diese Worte ausreichen werden, um bei manchen Kritikern dahin zu wirken, daß eine solche Kritik sich in milderen Formen bewegt. Daß das überall der Fall sein wird, wage ich natürlich nicht zu behaupten.

Eine weitere Aufgabe, die uns obliegt, ist die Feststellung von Kriegsschäden im Reichsgebiet und die Regelung dieser Schäden. Ein entsprechender Gesetzentwurf wird von mir beschleunigt werden, getreu dem Grundsatz, daß der, der schnell gibt, doppelt gibt.

Ebenso ist es mit der Entschädigung für die Tumultschäden, für die der Nationalversammlung bereits eine Vorlage vorliegt, über die hoffentlich eine Einigung recht bald erzielt wird.

Ein ganz besonders wichtiges Gebiet ist schließlich das des Gesundheitswesens. Hier sind wir durch den Krieg um Jahrzehnte zurückgeworfen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben die Pflicht, auch in einem armen Deutschland, das, soweit es in unserer Kraft steht, wieder auszugleichen. Eine reichsgesetzliche Regelung der Bekämpfung der Tuberkulose ist in Vorbereitung, ebenso der durch die Erscheinungen der letzten

Jahre so besonders dringlich gewordenen Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Auch an die Bekämpfung anderer übertragbarer Krankheiten wird herangegangen.

Wichtig ist, daß das Irrenwesen, das so lange in den verschiedenen Ländern verschiedenartig geordnet oder ungeordnet gewesen ist, nunmehr durch das Reich geregelt werden soll.

Der Alkoholmißbrauch soll durch ein Reichsgesetz bekämpft werden. (Bravo! bei den Sozialdemokraten. Zurufe: Es ist ja nichts mehr da!) Wir werden ja wahrscheinlich wieder in Zeiten kommen, wo mehr Alkohol vorhanden ist, und es erscheint mir erwünscht, daß das Gesetz dann bereits vorhanden ist und nicht erst dann gemacht wird, wenn wir uns davon überzeugen, daß der vermehrte Alkohol erneut zu erheblichen Uebelständen geführt hat. (Sehr richtig!)

Die Ergänzung des Nahrungsmittelgesetzes ist erforderlich, ebenso ein Abwassergesetz. Ein Apothekengesetz und ein Gesetz über das Hebammenwesen sind in Vorbereitung.

Der Abbau des Heerwesens hat meinem Amtsbereich neue Aufgaben zugeführt. In unsere Verwaltung ist die Aufsicht über das Kriegsarchiv übergegangen, und ich verspreche, daß das Kriegsarchiv im Sinne einer unparteiischen Erforschung der Kriegsereignisse behandelt werden wird. (Bravo!)

In unsere Verwaltung ist ferner das Landesvermessungswesen übergegangen, das bisher eine militärische Angelegenheit war. Ich bitte, das nicht zu unterschätzen. Unsere Bevölkerung und unsere Soldaten haben sich im Kriege an das Kartenlesen gewöhnt und es kann die Verwaltung des Landesvermessungswesens, richtig betrieben, zu einem Volksbildungsmittel allerersten Ranges werden. (Sehr wahr!)

Endlich, meine Damen und Herren, ist uns auf diesem Gebiete die Pflege des Kriegergräberwesens übertragen worden. Voll Pietät und Sorgfalt werden wir mit Ihrer Hilfe an diese Aufgabe herangehen. Nie kann unser Volk so arm, so gedemütigt und so abgelenkt durch Wirren und Sorgen sein, daß es seiner gefallenen Söhne vergessen könnte. (Bravo!)

Endlich habe ich ein Auswanderungsgesetz anzukündigen. Wir wissen nicht, wie weit es uns möglich ist, in Zukunft die gesamte Bevölkerung in unserem Lande zu halten. Wir werden das durch unsere Wirtschaftspolitik nach besten Kräften versuchen. Soweit aber eine Auswanderung einsetzen sollte, muß es unsere Sorge sein, daß unsere Söhne und Töchter in der Fremde richtig geleitet werden und vor Ausbeutung und Versklavung geschützt bleiben. (Sehr gut!)

Meine Damen und Herren! Alle diese Aufgaben lassen sich ohne eine Vermehrung der Beamtenschaft nicht lösen. Die Beamtenschaft hat mit einer unermüdlichen Pflichttreue und eisernem Fleiß während der Kriegsjahre und jetzt gearbeitet. Die Aufgaben sind aber infolge der Verfassung und der neuen Zustände in meiner Verwaltung so zahlreich geworden, daß eine Vermehrung unausbleiblich ist. Ich bin dankbar dafür, daß der Haushaltsausschuß die vom Reichsrat gestrichenen vortragenden Räte wieder

eingeführt hat, und bin überzeugt, daß [illegible] auch der Minister davon überzeugen wird, daß man die namentlich auf dem Gebiete des Schulwesens uns übertragenen neuen Befugnisse nicht lösen kann, wenn die Zahl der Beamten nicht vermehrt wird. Darüber hinaus wird im nächsten Jahre bei der Etatsberatung im Frühjahr über die Angelegenheit erneut zu sprechen sein, und nach den Ausführungen des Herrn Referenten, des Herrn Abgeordneten Hoch, dem ich dafür dankbar bin, darf ich hoffen, daß sich das Haus weiteren Notwendigkeiten nicht verschließen wird.

Damit bin ich am Schlusse. Ich gehe an das neue Amt ohne übertriebenen Optimismus heran. Ich habe ausgeführt, daß die Zeiten und die Stimmung unseres Volkes sich in mancher Beziehung zu bessern scheinen. Aber ich verkenne nicht die ungeheuer schwierigen Verhältnisse, die namentlich in diesem Winter infolge der Kohlennot und der Verkehrsnot bevorstehen. In diesem Winter wird sich das Schicksal unseres Volkes entscheiden. (Sehr richtig!) Da gilt es, Hand anzulegen für jeden, der sich dazu imstande glaubt. Wenn es sich darum handelt, einen Ertrinkenden zu retten, so verweigert niemand die Hilfe, auch wenn ihm vielleicht nicht jeder Handgriff der Mithelfenden gefällt. Der Herr Abgeordnete Graf Posadowsky hat in seiner Rede gesagt, die bürgerlichen Politiker würden in der Regierung nur geduldet, bis sie ihre Pflicht getan hätten, nachher würden sie in die Reihen der redenden Politiker zurückzukehren haben. Nun, es ist seitens eines Redners der Unabhängigen Sozialdemokratie an die Adresse der Herren Sozialdemokraten etwa die umgekehrte Prophezeiung gerichtet worden. Es liegt nicht an mir, zu entscheiden, was an diesen Dingen richtig ist. Meine persönliche Meinung geht dahin, daß auf Jahre hinaus in Deutschland weder eine Regierung ohne die Arbeiter noch eine Regierung allein durch die Arbeiter möglich ist. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Aber mag dem sein, wie es will, — auf alle Fälle akzeptiere ich die Ausführung des Grafen v. Posadowsky. Wir sind in der Tat in die Regierung eingetreten, um unsere Pflicht zu erfüllen. Es kommt uns darauf an, in diesem Winter mitzuhelfen, unser Volk durchzubringen. (Lebhafter Beifall bei den Deutschen Demokraten.) Darin sehen wir die Erfüllung unserer Pflicht. (Lebhafte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.) Ob wir nachher abzutreten haben oder nicht, ist eine Sache zweiter Ordnung. (Wiederholte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten.) Das werden wir ruhig abwarten. Aber darum, daß uns bei unserer schweren Pflichterfüllung in diesem Winter aus diesem Hause geholfen wird, bitte ich Sie. (Lebhaftes Bravo.)

6 7 5
Druck von Gehring & Reimers Gmbh
Berlin SW 68, Ritterstraße 75

END OF
TITLE